

Ulrich Busch

## Editorial

Seit 2021 ist in Deutschland, im Euroraum und in der Welt ein signifikanter Preisanstieg zu verzeichnen. Dieser betraf anfangs vor allem Energieträger, Rohstoffe und Agrarprodukte. Nach Ausbruch des Krieges in der Ukraine erfasste er aber auch viele andere Güter und Dienstleistungen, so dass von einer allgemeinen Inflation gesprochen werden kann. Zufällig trifft dieser Prozess mit dem 100. Jahrestag der Hyperinflation von 1922/23 in Deutschland zusammen. Die Koinzidenz beider geldwirtschaftlicher Ereignisse legt es nahe, die retrospektive Betrachtung der Hyperinflation von vor einhundert Jahren im Lichte der inflationären Prozesse von heute vorzunehmen wie auch umgekehrt, die aktuelle Inflation anhand der Erfahrungen der Hyperinflation von 1922/23 zu bewerten. Dabei fällt auf, dass es hier sowohl Parallelen als auch auffällige Unterschiede gibt. Die Analyse zeigt, dass insgesamt jedoch die Differenzen überwiegen, was eine Gleichsetzung beider monetärer Prozesse ausschließt und die Befürchtung, die gegenwärtige Inflation könne früher oder später in eine Hyperinflation übergehen, unbegründet erscheinen lässt.

Der einleitende Beitrag des Schwerpunktes „100 Jahre Hyperinflation“ von *Ulrich Busch* ist dem Ereignis von 1922/23 mit Blick auf die gegenwärtige Inflation gewidmet. Hier wird herausgearbeitet, dass die Hyperinflation ursächlich vor allem durch den Ersten Weltkrieg und durch die Geld- und Finanzpolitik in der unmittelbaren Nachkriegszeit bedingt war. Ihre Wirkungen aber waren durchaus zwiespältig: Einerseits kam es infolge der Geldentwertung zur Verarmung bestimmter Bevölkerungsschichten, zur Proletarisierung des Mit-

telstands und zur Verelendung, andererseits erleichterte die Inflation die Umstellung der Wirtschaft von der Kriegs- auf die Friedensproduktion, bewirkte sie einen bemerkenswerten Konjunkturaufschwung und eine weitgehende Vollbeschäftigung in einer Phase allgemeiner Instabilität und Verunsicherung. Im kollektiven Gedächtnis der Deutschen wurde die Hyperinflation jedoch einseitig als „Katastrophe“ abgespeichert und hat demzufolge tiefe Spuren hinterlassen. Die Angst vor einer totalen Geldentwertung beeinflusst bis heute die Einstellung der Menschen gegenüber der Inflation und spielt auch gegenwärtig bei der Beurteilung der Inflationwirkungen und -gefahren eine wichtige Rolle.

Ein viel debattierter und durchaus strittiger Aspekt betrifft die Ursachen einer Inflation im Allgemeinen und der gegenwärtigen Teuerung im Besonderen. Bezeichnend dafür ist der einflussreiche Ansatz des US-Ökonomen Thomas Sargent, der im Beitrag von *Christian Müller* und *Michael Graff* vorgestellt und diskutiert wird. Sargents Aufsatz „The Ends of Four Big Inflation“ über die Periode der Hyperinflation nach dem Ersten Weltkrieg entwirft eine allgemeine fiskalische Theorie des Preisniveaus. Eine kritische Würdigung dieses Ansatzes lässt, so die Autoren, jedoch schwerwiegende Auslassungen erkennen. So hat eine Inflation keine fiskalischen Ursachen *per se*, sondern kann als Verlust des Vertrauens in die Eigenschaft von Geld als Zahlungsmittel aufgefasst werden. Ein solcher Vertrauensverlust tritt ein, wenn die dafür zuständigen staatlichen und privaten Institutionen nicht mehr in der Lage sind, die auslösenden Ereignisse einer Geldentwertung zu kompensieren. Eine zentrale Rolle spielen

dabei das Finanzministerium und die Zentralbank.

*Anselm Küsters* geht der Frage nach, inwieweit die Hyperinflation von 1922/23 ein „deutsches Trauma“ ist. Er nutzt dafür die digitale korpuslinguistische Methode des Natural Language Processing (NLP), um alle zwischen 2012 und 2022 auf der Kurznachrichtenplattform Twitter geäußerten Bezugnahmen auf die Hyperinflation analysieren zu können. Zur besseren Einordnung des angeblichen deutschen Exzeptionalismus werden zudem einschlägige französische und italienische Tweets erhoben, was einem Gesamtkorpus von 59.225 Tweets oder rund zwei Millionen Wörtern entspricht. Die statistische Untersuchung belegt, dass französische und deutsche Nutzer in einem quantitativen Sinn ähnlich stark auf die jeweilige Veränderung der Inflationsrate reagieren. Während die Kommentare im französisch- und italienischsprachigen Twitter-Diskurs an gegenwärtige politische Phänomene anknüpfen, stellt das Jahr 1923 für deutsche Kommentatoren bis heute einen relevanten Bezugspunkt dar. Dieser wird, um das Ziel einer rigorosen Preisstabilität hervorzuheben und die Krisenpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) zu kritisieren, mit monetaristischen Argumenten und einer teilweise drastischen Sprache rhetorisch aufgeladen. Insgesamt jedoch, so der Autor, suggerieren die selektiven Bezugnahmen auf die Vergangenheit, dass die deutsche Hyperinflation hier eher instrumentalisiert als wirklich erinnert wird.

Bereits im Schwerpunkt „Neue Geldpolitik“ (*Berliner Debatte Initial 2/2022*) standen die Rolle der EZB und deren Politik im Zusammenhang mit der Sicherung der Stabilität des Geldwertes im Zentrum. In diesem Heft setzt *Georg Quaas* die Analyse der Geldpolitik fort. Der Autor arbeitet in seinem Beitrag heraus, dass die Frage nach den Ursachen der Inflation keineswegs trivial ist. Er diskutiert Untersuchungsergebnisse der Deutschen Bundesbank, welche im Unterschied zu anderslautenden Behauptungen in den Medien davon ausgehen,

dass die Geldpolitik der EZB für die gegenwärtige Inflation nicht verantwortlich zu machen sei. Quaas vertritt demgegenüber die Auffassung, dass das 2020/2021 schockartig ansteigende Geldmengenwachstum sehr wohl eine Ursache für den Anstieg der Inflationsrate in den Jahren 2021/2022 gewesen ist. Er zieht daraus den Schluss, dass, selbst wenn eine Zentralbank die Geldmenge M3 nicht voll kontrollieren kann, nach den ersten Anzeichen für einen Preisniveauanstieg 2021 sofortige geldpolitische Maßnahmen möglich und notwendig gewesen wären. Da diese zunächst ausblieben, sei die Geldpolitik der EZB kritisch zu bewerten.

*Claus George* und *Sören Hettler* geben in ihrem Aufsatz „Drehbuch für den Digitalen Euro“ den Lesern einen Einblick in die aktuelle Diskussion um die Einführung digitalen Zentralbankgeldes. Neue Bedarfe und der technologische Fortschritt haben in der Vergangenheit dazu geführt, dass dominierende Geldformen durch neue Versionen abgelöst wurden. Dies ist heute nicht anders. War Bargeld vor einigen Dekaden im Alltag der Menschen als (gesetzliches) Zahlungsmittel noch vorherrschend, so büßt es diese Rolle durch die zunehmende Digitalisierung mehr und mehr ein. In der öffentlichen Debatte ist an einigen Stellen bereits von einer „Zeitenwende“ des Geldsystems, der neben den Münzen und Banknoten auch das Giralgeld der Geschäftsbanken zum Opfer fallen könnte, die Rede. Um dieser Herausforderung zu begegnen, arbeitet das Eurosystem mit Hochdruck an einer neuen Geldform, dem Digitalen Euro. Öffentliche, private und andere Akteure seien bemüht, die richtige Balance für die Ausgestaltung des neuen Zentralbankgeldes zu finden, um einerseits vorhandene Potenziale zu heben und andererseits bestehende Risiken zu reduzieren.

Eine historische Parallele hierzu stellt die Geldreform dar, die John Law zu Beginn des 18. Jahrhunderts in Frankreich durchgeführt hat. Dieses Projekt und ihrem Schöpfer ist der Aufsatz von *Friedrun Quaas* gewidmet. Die

Analysen zum Wirken von John Law erfolgten bisher zumeist vor dem Hintergrund seines Scheiterns. Dabei wird jedoch ignoriert, dass Law als aufgeklärter Merkantilist eine Kreditgeldkonzeption nahe an der Schwelle zur klassischen Politischen Ökonomie entwickelt hat. Seine Geld-, Kredit- und Währungstheorie streift die Fokussierung auf einen reinen Metallismus ab und stellt damit die Keimform einer fortschrittlichen Geldauffassung dar. Bei dem Versuch, Banknoten in der wirtschaftlichen Praxis dauerhaft zu implementieren und die Aktienemission als probates Mittel für die Förderung von Wirtschaft und Handel durchzusetzen, stieß Law jedoch an historische Grenzen, die ihn zu Kompromissen zwangen, die sich letztlich als grobe Fehler herausstellten. Angesichts einer auch für moderne Währungs- und Finanzsysteme bisher kaum erreichten Krisenresistenz erscheint seine Pionierleistung dennoch von herausragender Bedeutung, die hier angemessen gewürdigt wird.

Der Schwerpunkt wird abgeschlossen mit einem Beitrag von *Jürgen Leibiger*, der zeigt, wie sich die Hyperinflation von 1922/23 in einer sozial aufgeheizten Zeit entwickelt hat. Zu dieser Aufheizung hat beigetragen, dass die in der Novemberrevolution 1918/19 geforderte, von den einzelnen Parteien und sozialen Kräften aber jeweils sehr speziell verstandene Sozialisierung der Produktionsmittel ausgeblieben war. Die von der Regierung ins Leben gerufene Sozialisierungskommission stellte 1923 ihre Arbeit ergebnislos ein. Mit der Revolution war die Frage der Sozialisierung zu einer der entscheidendsten gesellschaftspolitischen Fragen überhaupt geworden; die dazu seinerzeit veröffentlichten Schriften, Artikel, Pamphlete, Reden, Protokolle, Gesetzesvorhaben und Gesetze füllen ganze Bibliotheksregale und nicht wenige, sogar bewaffnete Aktionen jener Zeit drehten sich um diese Frage. Der Aufsatz vermittelt einen Überblick über diese Debatten und Bewegungen und zeigt die Ursachen für das Versanden der Sozialisierungsvorhaben auf. Ein solcher Überblick ist nicht

nur aus wirtschafts- und ideengeschichtlicher Sicht interessant, sondern auch im Hinblick auf die mit der gegenwärtigen Inflation wieder in Gang gekommenen Sozialisierungsdebatten in Deutschland und in der Europäischen Union.

Außerhalb des Schwerpunktes skizziert *Carsten Nickel* eine Konzeption des bürgerlichen Politikbegriffs. Innerhalb eines Trilemmas aus demokratischer „polity“, gemäßigten „politics“ und „policies“ der Intimität zeichnet der Essay Verschiebungen vom späten achtzehnten bis zur zweiten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts nach. In der heutigen Epoche populistischer Herausforderungen, so Nickel, verabschiedet sich der Politikbegriff der neuen bürgerlichen Mittelklassen langsam von populärsouveränen Elementen und hofft auf neue Mäßigung durch Technokratie. Umriss einer radikaldemokratischen Konzeption von Erinnerungspolitik zeichnet schließlich *Simon Clemens*. Im Rückgriff auf Überlegungen aus Jacques Rancières politischer Theorie bestimmt er Erinnerungspolitik als eine Praxis, in der Subjekte ihre Gleichheit einfordern und dadurch dominante Vorstellungen über das Gemeinsame herausfordern. Hiervon unterscheidet er die Erinnerungspolizei als defizitäre Form der Politik, die er in der Auseinandersetzung mit Gayatri C. Spivak sowie verschiedenen Diskussionsfeldern und Biografien diskutiert, die im Kontext des deutschsprachigen Erinnerns an die nationalsozialistischen Verbrechen stehen. Die sich daraus ergebenden Erweiterungen bezüglich der Verhandlung des Erinnerns systematisiert der Autor anschließend. Der Beitrag endet mit Überlegungen zu einer Theorie des ‚Erinnerungspolitischen‘ als dem Wechselspiel aus Erinnerungspolitik und Erinnerungspolizei.